V-06 Tiere sind keine Sachen! Demokratiedefizit angehen, Interessenvertretung von Tieren in der Demokratie stärken

Gremium:	BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	07.09.2024
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Tiere sind in unserer Gesellschaft aufgrund ihrer faktischen Wert- und Rechtlosigkeit und des bestehenden Vollzugsdefizits schweren strukturellen Missständen[1] ausgesetzt. Dies liegt auch an ihrer ungenügenden politischen und rechtlichen Vertretung.[2] Wie für andere vulnerable und marginalisierte Gruppen unserer Gesellschaft existiert ein Demokratiedefizit[3], wenn Nicht-Betroffene über Betroffene entscheiden, die selbst nicht wählen können, wie z. B. auch für Kinder, zukünftige Generationen oder Einwohner*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Um diesem Demokratiedefizit für Tiere zu begegnen, brauchen wir:

- Eine Stärkung und ein besseres Ineinandergreifen existierender Strukturen, durch die Tierschutz bisher institutionalisiert wird, wie Tierschutzbeauftragte und politische Beteiligung von Tierschutzorganisationen.
- Einen Paradigmenwechsel der rechtlichen Stellung von Tieren.
- Die Schaffung neuer Mechanismen und Gesetze, die den aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse über andere Lebewesen einbezieht, um ihre Perspektiven innerhalb unseres Kommunikationssystems besser hörbar zu machen und in politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen.

Erst in diesem Frühjahr haben nach Auswertung der aktuellen Studienlage namhafte Wissenschaftler*innen mit der “New York Declaration on Animal Consciousness”[4] eben dies angemahnt: Wenn unsere Entscheidungen Tiere betreffen, ist es unverantwortlich, die neuesten Erkenntnisse zu ignorieren. Daher fordern wir eine zeitgemäße Politik für Tiere und eine progressive Lösungssuche, wie sie besser in unserer Demokratie repräsentiert werden können.

Über folgende Wege kann die politische und rechtliche Repräsentation von Tieren erarbeitet werden:

- Expert*innenkommission oder Enquête-Kommission sowie ein Bürger*innenrat[5] zur politischen und rechtlichen Repräsentation von Tieren
- Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Schaffung von Diskussionsräumen
- Förderung von innovativen Projekten in Kultur und Forschung

Möglicher Inhalt:

Bereits existierende Mechanismen der Repräsentation und ihre Lücken:

Das Tierschutzgesetz und die verschiedenen Verordnungen beziehen im Moment zu wenig die Interessen der Tiere selbst ein. Darin bedarf es zur Zeit nur eines "vernünftigen Grundes", der durch die vorherrschende gesellschaftliche Meinung darüber bestimmt wird, was als akzeptabel gilt und was nicht, um einem Tier Schmerzen, Leiden, Schäden zuzufügen. Wirtschaftliche Gründe sollen jedoch nicht als vernünftiger Grund gelten.

Die Tierschutzbeauftragten auf Landes- und Bundesebene können über die Beratungsfunktion hinaus ihrer Aufklärungs- und Kontrollfunktion viel besser gerecht werden, wenn sie früher und besser eingebunden werden. Durch Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte, Beanstandungs- und Klagerechte, eigene Medienarbeit für die Aufklärungsfunktion, ausreichend Fachpersonal und finanzielle Mittel. Ihre fachliche und dienstliche Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit muss gesetzlich abgesichert sein.

Tierschutzbeiräte auf Landes- und Bundesebene wie die Bundestierschutzkommission haben großes Potenzial, werden jedoch im Moment von Multistakeholderism[6] und Tierschutzwashing bestimmt. Sie müssen um ihrer Kontrollfunktion gerecht zu werden mit Expert*innen aus dem Tierschutzbereich besetzt und öffentlich und transparent in Prozesse der Exekutive und Legislative eingebunden werden. Akteur*innen aus der Landwirtschaft usw. können für den Austausch hinzugeladen werden.[7]

Besserer interdisziplinärer Austausch und Unterstützung der Veterinärämter durch mehr Expertise für Tierschutz bei Polizei und Verwaltung sowie Schwerpunktdezernate für Tierschutzrecht in den Staatsanwaltschaften und Gutachterstellen. Um das personell und fachlich zu gewährleisten, braucht es verstärkt Tierschutzrecht in der Jurist*innenausbildung und verwaltungswissenschaftliches und juristisches Wissen für Veterinäre, gegebenenfalls Tierschutz-Masterstudiengänge. Auch das Konzept der Tieranwält*innen[8] sollte diskutiert werden, d. h. Anwält*innen, die in behördlichen und gerichtlichen Verfahren stellvertretend für die Tiere ausschließlich deren Interessen durchsetzen.

Das Verbandsklagerecht auf der Landes- und Bundesebene ist ein zusätzliches, gut unterstützendes Mittel der Interessenvertretung von Tieren und der Umsetzung des Staatsziels Tierschutz, so wie es sich auch beim Umweltschutz etabliert hat. Nötige Verbesserungen wie u. a. die finanzielle Unterstützung der Verbände bei der Durchführung oder Schadensersatz für Verbände bei Verletzung von Tierschutzrecht müssen hier dringend diskutiert werden.

Bildung in Schulen und Hochschulen über die komplexen Fähigkeiten und Interessen von Tieren trägt maßgeblich zur Umsetzung des Tierschutzes und einer Entlastung der Veterinärämter bei. Das Gleiche gilt für die Weiterbildung relevanter Berufsgruppen.

Die Tierärzt*innenausbildung und die Verbesserung der Strukturen der tiermedizinischen Versorgung einschließlich der Wildtierversorgung sind ein weiterer wichtiger Aspekt.

In den Parlamenten gibt es häufig tierschutzpolitische Zuständigkeiten in den Fraktionen. Doch ist dies oft nicht ihr einziges Fachgebiet, außerdem sind sie ihren Parteien und Fraktionen verpflichtet. Es ist daher zweifelhaft, ob Tiere

damit politisch ausreichend repräsentiert sind. Unabhängige Tierrepräsentant*innen könnten ein Weg sein, wobei die Frage zu lösen wäre, wie sie gewählt oder besetzt werden.[9] Jede politische Entscheidung, die Tiere tangiert, sollte auch aus Tierperspektive bewertet werden. Nicht-staatliche Repräsentant*innen müssten anerkannt und besser eingebunden werden. In British Columbia, Kanada, werden bereits Microboards umgesetzt, um Menschen mit bestimmten Behinderungen besser zu repräsentieren.

Auf Ebene der Bundesregierung ist der Tierschutz bislang dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zugeordnet, das bringt naturgemäß große Interessenskonflikte mit sich. Um sie zu vermeiden, muss der Tierschutz einem neutraleren Ministerium oder einer eigenständigen Struktur zugeordnet werden, unter Nennung des Begriffs "Tiere". Auch die australischen Grünen und die australische Labor Partei vertreten diese Position.[10]

Obwohl alles global verbunden ist, besteht im Moment eine große Lücke, den Tierschutz ebenso international zu denken. Nötig wären:

Auf der EU-Ebene: Ein/e EU-Kommissar*in oder eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in der EU-Kommission mit einem entsprechenden Ausschuss für Tierschutz im EU-Parlament.[11] Während ein Drittel der EU-Gelder in Agrarsubventionen fließen, sollten EU-[12] und auch Bundesfördermittel Tierschutzprojekte nachhaltig absichern.

Auf der globalen Ebene: Tierschutz als Nachhaltigkeitsziel, also als weiteres Sustainable Development Goal (SDG)[13], wie in unserem aktuellen EU-Wahlprogramm beschlossen, ein UN-Tierschutzprogramm und eine UN-Tierschutz-Konvention[14] ("Welttierschutzgesetz")[15], damit die Tierschutzstandards weltweit endlich Schritt für Schritt angehoben werden. Ein globaler Ideenaustausch, die Überprüfung von Best Practices auf ihre Übertragbarkeit in vorhandene Strukturen bzw. ihre Anpassung und eine bessere internationale Zusammenarbeit sind eine wichtige Voraussetzung dafür.

Weitere existierende Konzepte:

Im Bereich der politischen Repräsentation müssen die politische Theorie[16] und Konzepte wie Multispecies oder Interspecies Democracy[17], Zoodemocracy[18] oder Bruno Latours "Parlament der Dinge"[19] weitergedacht und auf Praxistauglichkeit überprüft werden, z. B. durch Machbarkeitsstudien oder Pilotprojekte. Das Projekt Organismendemokratie[20] z. B. führt seit 2018 an verschiedenen deutschen und internationalen Orten Parlamente durch, in denen die vorkommenden Spezies durch Menschen vertreten und Beschlüsse umgesetzt werden. Dabei werden demokratische Prinzipien und wohldurchdachte Strukturen, wie auch fundiertes Fachwissen angewandt.

Im rechtlichen Bereich brauchen Tiere einen Paradigmenwechsel der Schutzkategorie. Für Tiere gibt es bisher keinen besseren Status, als dass sie "keine Sachen" sind (das sind sie faktisch aber doch, denn man kann sie kaufen und besitzen) und "auf sie sind die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist".[21] Diese rechtliche Lücke zu schließen beschäftigt Wissenschaft und Justiz weltweit. Die Vielzahl existierender und neu hinzukommender Konzepte, wie der Schutzstatus von Tieren sinnvoll rechtlich abgebildet werden kann, muss interdisziplinär und in internationaler Kooperation zu einem praxistauglichen gemeinsamen Konzept

weiterentwickelt werden. Beispiele solcher Konzepte sind: Rechte der Natur[22], Legal Animalhood[23], Tiere als Rechtssubjekte[24], tierliche Persönlichkeit[25], eine Zuerkennung der Verletzteneigenschaft eines Tieres an anerkannte Tierschutzorganisationen, die es vertreten, tierliches Existenzminimum mit einer Liste objektiver Interessen und tierspezifische Grundrechte[26]. Sie bilden tierspezifische Bedürfnisse und Kommunikationsformen ab und sind nicht gleichzusetzen mit menschlichen Grundrechten, die menschliche Bedürfnisse abbilden. Auch müsste es ein passendes Konzept sein, das nicht nur herkömmliche Annahmen zu Empfindungs- und Wahrnehmungsfähigkeit, Leidensfähigkeit oder gar Bewusstsein einbezieht, denn der Kenntnisstand der Biologie verändert sich ständig.

Wir wissen viel zu wenig über die Wahrnehmung anderer Lebewesen und verstehen ihre Kommunikationsformen nicht. Der erkenntnistheoretische Anthropozentrismus muss überwunden, tierliches Wissen und tierliche Sprachen als wertvoll angesehen und in den rechtlichen und politischen Aushandlungen berücksichtigt werden.

[1] https://tierschutz-skandale.de/

[2] Smith, Kimberly K.: Governing Animals: Animal Welfare and the Liberal State, New York, 2012, Oxford University Press.

Cochrane, Alasdair: Should Animals Have Political Rights?, in: Polity, 2020.

Cooke, Steve: Perpetual Strangers: Animals and the Cosmopolitan Right, in: Political Studies, 2014, 62:4 S.930-944. https://theconversation.com/non-human-democracy-our-political-vocabulary-has-no-room-for-animals-51401

[3] Ahlhaus, Svenja. 2014 „Tiere im Parlament? Für ein neues Verständnis politischer Repräsentation.“, in: Mittelweg 36 23, Nr. 5: 59–73. https://www.eurozine.com/tiere-im-parlament/

Ahlhaus, Svenja/ Niesen, Peter (Hrsg.): Animal Politics. A New Research Agenda in Political Theory, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 40, 2015. https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/niesen/archiv/ahlhaus-niesen-what-is-animal-politics-intro.pdf

[4] “The New York Declaration on Animal Consciousness” April 2024 https://sites.google.com/nyu.edu/nydeclaration/declaration

[5] https://praefaktisch.de/002e/politische-repraesentation-des-volkes-und-der-tiere/#more-3833

[6] https://www.tni.org/files/publication-downloads/multistakeholderism-workshop-report-tni.pdf

[7] Von Gall, P. und Abad, S.A.M.: Ein Ausschuss für Tiere? Potentiale und Grenzen von Tierschutzbeiräten. Studie im Auftrag des Deutschen Tierschutzbundes, Berlin, 2024.

[8] https://tierimfocus.ch/tieranwaltschaft

https://www.tierimrecht.org/de/recht/lexikon-tierschutzrecht/Tieranwalt/

Bolliger, Gieri/ Goetschel, Antoine F.: Wahrnehmung tierlicher Interessen im Straf- und Verwaltungsverfahren: (unter besonderer Berücksichtigung der Situation des Tierschutzrechtsvollzugs im Kanton Zürich), in: Schriften zum Tier

im Recht, Band 3, Zürich/ Basel/ Genf, 2011 (Erstveröffentlichung 2001), Schulthess Verlag.

[9] Ahlhaus, Svenja. 2014 „Tiere im Parlament? Für ein neues Verständnis politischer Repräsentation.“, in: Mittelweg 36 23, Nr. 5: 59–73. https://www.eurozine.com/tiere-im-parlament/

[10] https://www.parliament.nsw.gov.au/lcdocs/inquiries/2853/Report%20no.%2048%20-%20Standing%20Committee%20on%20State%20Development%20-%20Animal%20welfare%20policy%20in%20NSW%20-%20First%20report.pdf

Goodfellow, Jed: Regulatory Capture and the Welfare of Farm Animals in Australia, in: Cao, Deborah/ White, Steven (Hrsg.): Animal Law and Welfare – International Perspectives, (Ius Gentium: Comparative Perspectives on Law and Justice, Band 53), Februar 2016, Springer.

[11] Europawahlprogramm von B90/ Die Grünen 2024 S.37

[12] Europawahlprogramm von B90/ Die Grünen 2024 S.37

[13] Europawahlprogramm von B90/ Die Grünen 2024 S.37

https://globalgoalsproject.eu/globalgoals2020/wp-content/uploads/2020/06/GlobalGoals2020_Visseren-Hamakers.pdf

[14] https://www.uncahp.org/

https://www.globalanimallaw.org/de/aktuelles/2020/06/uncahp-video

https://www.globalanimallaw.org/de/index.html

[15] Siehe auch bereits die Vorschläge u.a. einer Universal Declaration of Animals Rights, International Convention for the Protection of Animals, Universal Declaration on Animal Welfare (seit den 70er Jahren)

[16] https://www.demokratiere.org/autoren

Cochrane, Alasdair: An Introduction to Animals and Political Theory. 2010, Palgrave MacMillan; https://www.sheffield.ac.uk/politics/people/academic-staff/alasdair-cochrane

Cochrane, Alasdair: Animal Rights Without Liberation - Applied Ethics and Human Obligations. 2012, Columbia University Press.

Cochrane, Alasdair: Sentientist Politics: A Theory of Global Inter-Species Justice. Oxford, 2018, Oxford University Press.

Cooke, Steve: Imagined Utopias: Animal Rights and the Moral Imagination, in: Journal of Political Philosophy, 2017, 25:4, S.e1-18.

Cooke, Steve/ Cochrane, Alasdair:"Humane Intervention": the international protection of animal rights, in: Global Ethics, 2016, 12:1, S.106-121.

Ladwig, Bernd: Politische Philosophie der Tierrechte, Berlin, 2020, Suhrkamp.

Niesen, Peter: "Erst Ethik, dann Politik, oder: Politik statt Ethik? Zur Grundlegung der Tierrechte im political turn." TIERethik 12, 2, 2020, 7–28.

Niesen, Peter: "Menschen und Tiere - ein politisches Verhältnis", in Elke Diehl & Jens Tuider (Hg.), Haben Tiere Rechte?, Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung 2019, 379-383.

[17] Meijer, Eva: When Animals Speak: Toward an Interspecies Democracy, New York, 2019, New York University Press.

Gagnon, Jean-Paul https://theconversation.com/non-human-democracy-our-political-vocabulary-has-no-room-for-animals-51401

[18] https://www.animalsindemocracy.org/register-fabric-zoodemocracy

[19] https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-parlament-der-dinge-rechte-natur-100.html

[20] https://organismendemokratie.org/wo/

[21] https://gruene-eimsbuettel.de/home/news-volltext/das-verdinglichte-tierdas-tier-im-zivilrecht-gastbeitrag-von-anna-gallina/

[22] Tănăsescu, Mihnea/ Macpherson, Elizabeth/ Jefferson, David/ Torres Ventura, Julia: Rights of nature and rivers in Ecuador's Constitutional Court, in: The International Journal of Human Rights, Februar 2024.

https://ecojurisprudence.org/initiatives/draft-directive-european-parliament-and-eu-council-for-rights-of-nature/

[23] Pérez Castelló, Pablo: A Strategic Proposal for Legally Protecting Wild Animals, in: Journal of International Wildlife Law & Policy, 2022, 5:2, S.103-134. https://www.crimejusticejournal.com/article/view/2598

[24] Raspé, Carolin: Die tierliche Person. Vorschlag einer auf der Analyse der Tier-Mensch-Beziehung in Gesellschaft, Ethik und Recht basierenden Neupositionierung des Tieres im deutschen Rechtssystem, Schriften zur Rechtstheorie (RT), Band 263, 2013.

[25] Blattner, Charlotte/ Gerritsen, Vanessa: Animal Personality im Tierschutzrecht, in: Internationale Gesellschaft für Nutztierhaltung IGN (Hrsg.), Nutztierhaltung im Fokus, Animal Personality – Persönlichkeit bei Nutztieren, Herbst 2018, S. 46-51.

[26] https://www.elaintenvuoro.fi/english/

Cooke, Steve: Animal Kingdoms: on habitat rights for wild animals, in: Environmental Values, 2017, 26:1, S.53-72.

Stucki, Saskia: Grundrechte für Tiere. Eine Kritik des geltenden Tierschutzrechts und rechtstheoretische Grundlegung von Tierrechten im Rahmen einer Neupositionierung des Tieres als Rechtssubjekt, in: Fundamenta Juridica, 2016.

Stucki, Saskia: One Rights: Human and Animal Rights in the Anthropocene, SpringerBriefs in Law, Cham, 2023, Springer International Publishing.

https://individualrightsinitiative.org/aktivitaeten/

Begründung

Es gibt eine breite interdisziplinäre Diskussion zu diesem Thema in der Wissenschaft, die wir in die Praxis tragen wollen.